

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Anwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1380
Circuloffice Riesa Nr. 52.

Nr. 49.

Sonnabend, 27. Februar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Lohns und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags auszugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reflektierte 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Anzeigenbeläge "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Ditzsch, Riesa.

Feinde ringsum.

Der polnische Ministerpräsident Skrzynski hat in Warschau eine Rede gehalten, durch die zum erstenmal im Verlauf des Streites um die Raiküste der polnische Anspruch von offizieller Seite in voller Öffentlichkeit angekündigt wurde. Man hatte sich von Warschau aus bemüht, diese Rede zu einer politischen Sensation zu gestalten. Die Berliner polnische Gesandtschaft war angewiesen worden, organisatorische Vorbereitungen zu treffen, um den Wortlaut der Skrzynski-Ausführungen möglichst schnell der Öffentlichkeit einer Welt zu übermitteln. Die Gesandtschaft hatte mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln alle ausländischen Pressevertreter in Berlin mobilisiert, um mit Hilfe der fremden Journalisten die erhoffte Sensation schleunigst in alle Welt hinauszuföhren zu lassen. Die Rede fand auch reichliche Verbreitung. Aber die Sensation, die Warschau erhoffte, blieb aus. Dazu ist der Inhalt der Ausführungen zu dürftig, die Beweisführung zu bindend und die Schlussfolgerungen, zumeist rhetorischer Art, sind ebenfalls wenig geeignet, großes Aufsehen zu erregen. Die einzige Tatsache, die uns die Rede gibt, ist, wie schon gesagt, daß sie zum erstenmal Skizzen und klar die polnische Forderung vorlegt. Die Wilhelmstraße hat bis jetzt darüber noch nichts verlauten lassen, ob sie gewillt ist, zu dieser neuen Situation Stellung zu nehmen, oder ob sie es vorzieht, weiter zu schweigen. Allem Anschein nach wird sie das Letztere tun.

Die "Tägliche Rundschau", das Organ, das dem Auslandlichen Amt nicht fernsteht, stellt mit Recht die Rede als einen dürftigen Versuch hin, ein Recht zu konstruieren. Aber sie gibt sich der Hoffnung hin, daß, wenn auch der polnische Anspruch nun klar niedergelegt ist, er doch wenig Aussicht hätte, in West Annahme zu finden. Diese Hoffnung halten wir für sehr bedenklich. Aus den Pressekommentaren, die uns aus London, Rom und Paris vorliegen, klingt eine Sprache, die recht deutlich den Ernst der gegenwärtigen Lage dokumentiert. Chamberlain ist für den polnischen Raiküste, verschleudert seiner Kabinetsmitglieder sind dagegen. Aber wir kennen die Energie des englischen Außenministers, seine Fähigkeit, die sich durch nichts abbringen läßt, einen einmal gefassten Plan auch in die Wirklichkeit umzusetzen. Wir hören, wie in Rom Herr Mussolini alle Mienen springen läßt, um eine gemeinsame Front gegen Deutschland zu schaffen. Wir hören, daß jetzt auch Spanien halb offiziell seinen Anspruch auf einen Raiküste geltend macht und damit sich in die Reihe derer stellt, die gegen die deutsche These stimmen werden. Wir sehen also, wie sich eine ganze Welt geschlossen aufzumachen, um in den nächsten Tagen in West eine Front zu bilden, gegen die der deutsche Raiküstandpunkt verlagert muß. Geben und diese Feststellungen wirklich Anlaß zu Hoffnungen? Wir glauben es nicht. Hoffnungen waren in den letzten Jahren nach Kriegsende in der Regel die einzigen Argumente, mit denen wir einer Ententepolitik zu begangen suchten. Wir hofften und wurden immer wieder enttäuscht. Wir hofften, daß der sogenannte Welt von Locarno wirklich ein Geist der Völkerverständigung und des Rechts werden würde. Die Begründung, mit der man jetzt versucht, der polnischen Forderung Gewicht zu verleihen, zeigt uns, daß wir auch mit dieser Hoffnung kläglich Schiffsbruch gelitten haben. Und trotzdem, trotz der Erkenntnis, wie es eigentlich um diesen Welt bestellt ist, hoffen noch viele Kreise im Reich, daß dieser Welt sich zu seiner wahren Aufgabe zurückfinden wird. liegt denn einig in einer solchen ewigen, nie verlegenden Hoffnung unsere letzte Stärke? Locarno hat gezeigt, daß man uns braucht. Wenn man aber der deutschen Mitarbeit bedürftig ist, dann läßt sich auch eine Macht, aus dieser Überlegenheit lassen sich Folgerungen ziehen, die unsere Diplomatie sich zu eigen machen müßte.

Geben wir mal auf den tatsächlichen Inhalt ein, mit dem unsere Gegner verfahren, die Notwendigkeit eines polnischen Raiküstandes zu erkennen. Man sagt, Polen müsse einen Sitz im Rate erhalten, damit es seine Sache gegenüber Deutschland selbst führen könne und Frankreich nicht die Rolle eines Mandatars übernehmen müsse. Wie dürftig ist doch diese Begründung. Bis jetzt hat der Völkerbundrat zu seinen Verhandlungen schiedsrichterlicher Art nicht auch diejenigen interessierten Mächte zugezogen, die nicht zu seinen Mitgliedern gehören. Bei den verschiedensten Gelegenheiten sah man die Türken, die Griechen, die Polen und auch andere Nationen am Raiküstande sitzen. Man kann daher diese Ausrede, die Paris bemüht, um die polnische These zu stützen, nur als das bezeichnen, was sie wirklich ist, eben die Schaffung einer festen, gegen Deutschland gerichteten Mächtegruppe innerhalb des Völkerbundes. Wir kennen also das Ziel der ganzen Ententepolitik in dieser Raiküfrage. Wollte man an dieser Erkenntnis vorbeigehen und in der offiziellen Behandlung der Dinge so tun, als ob sie nicht vorhanden wäre, so würde man eine Vogelstrauchpolitik treiben, die so lächerlich ist, wie eben jedes Versteckspiel in der Weltpolitik. Die Reichsregierung möge dem Rechnung tragen.

Aus dem Reichstage.

Im Rechtsausschuß des Reichstags

sprach in der Fortsetzung der Beratung über die Fürtens- abfindung der Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) im Anschluß an Redungen des Vormärts und der Roten Fühne die Vermutung aus, daß gegen das Volksbegehren von Guts. und

Zum Volkstrauertag.

Annäherung der Reichsregierung
ans Anlaß des Volkstrauertages am 28. Febr. 1926.

In stiller Trauer gedenkt das deutsche Volk am heutigen Tage seiner Brüder, die in dem größten aller Kriege ihr Leben haben für die Verteidigung der Heimat.

Für uns sind sie in den Tod gegangen. An den Gräbern unserer Gefallenen, die sich für uns alle opferten, soll die Zweierzahl schweigen. Nahmend steht vor uns das deutsche Leid, das heilige Opfer der im Kriege Gebliebenen, die starben, damit Deutschland lebe.

Aus dem Leid wuchs immer des deutschen Volkes höchste Kraft. Wenn heute die Flaggen halbmast wehen, wenn große Scharen sich zu würdigen Gedächtnisfeiern still versammeln, soll der Entschluß in uns sich festigen, im Glauben an Deutschland das Wort zu verwirklichen:

"Nimmer wird das Reich zerbrochen,
wenn ihr einig seid und treu!"

Der Reichspräsident.
von Hindenburg.

Die Reichsregierung.
Dr. Brüning.

Gemeindebehörden Sabotage versucht werde. Der preussische Ministerialrat Schüge sagte zu, daß in einem solchen Fall der preussische Minister des Innern die Aufsichtsbefugnisse über die Gemeinden und Gutsbezirke mit den nötigen Anweisungen versehen werde. Auch Reichskommissar Geheimrat Ruemer stellte eine Einwirkung auf die Landesregierungen bei irgend welchen Beschwerden über die Durchführung des Volksbegehrens in Aussicht.

In der Fortsetzung der sachlichen Beratung wurde Paragraph 8 des Kompromißentwurfs angenommen, wonach ein bestehender Schwerevertrug die Anrufung des Reichsbergerichtes nicht hindern soll. Nach § 9 soll das Reichsbergericht zunächst einen gültigen Ausgleich versuchen und Beweise erheben können. Ein sozialdemokratischer Antrag wollte die Steuerbehörden zu Auskünften vor den Reichsbergerichten verpflichten. Der Antrag wurde mit der Maßgabe angenommen, daß die Bestimmungen der Reichsabgabenordnung über die Geheimhaltung der Steuerangelegenheiten keine Anwendung finden sollen. Auch die übrigen Paragraphen des Kompromißentwurfs wurden in der ersten Lesung angenommen. Bis zur zweiten Lesung werden weitere Kompromißverhandlungen zwischen den Parteien stattfinden, durch die die Beschlüsse der ersten Lesung voraussichtlich noch manche Aenderung erfahren werden.

Mit Rücksicht auf solche Verhandlungen wurde die nächste Sitzung des Ausschusses erst in etwa einer Woche in Aussicht genommen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags

sah in der Beratung des Etats des Reichsfinanzministeriums fort. Der Ausschuß empfahl, durch die Annahme eines Antrags des Abg. Schmidt-Stettin (Dn.) verschiedene Vorschläge zur Verbilligung der Verwaltung, namentlich in Bezug auf die Höhe der Reisekosten und verschiedene Vereinfachungen im Rechnungswesen, Kassen- und Registraturwesen. Der Ausschuß gelangte im einzelnen zu größeren Abstrichen am Etat des Finanzministeriums als durch den Sparauschuß vorgegeben war. In verschiedenen Positionen wurden Stellenlagen als künftig wegfallend bezeichnet, sobald die Stellen frei werden. Der Ausschuß nahm endlich eine Resolution des Abg. Dr. Fischer-Rohn (Dem.) an, worin der Reichsfinanzminister aufgefordert wird, bis zur dritten Lesung den Etat seines Ministeriums in der Weise neu aufzustellen, daß von dem Gesamtbetrag der persönlichen Ausgaben des Finanzministeriums in Höhe von rund 847 Millionen Reichsmark ca. 5 Prozent gleich 17 Millionen Reichsmark gesparrt bzw. als künftig wegfallend bezeichnet werden. In dieser Höhe bewegen sich etwa die vom Ausschuß vorgenommenen Abstriche.

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten

beriet gestern in allgemeiner Aussprache die Vorlage einer neuen Reichsbeamtenverordnungs, die unter Erhaltung des bestehenden früheren Rechtes das Dienststrafrecht mit dem Geiste der Reichsverfassung vom 11. August 1919 erfüllen soll. Nach dem Entwurf kann das Reich seine Beamten auch wegen solcher dienstlichen Verfehlungen zur Verantwortung ziehen, die sie vor Eintritt in den Dienst als Landes- oder Gemeindebeamte begangen haben. Die Dienststrafgerichte werden völlig unabhängig gemacht, die Rechte der Verteidigung werden wesentlich erweitert, indem der Beschuldigte schon in der Untersuchung sich der Hilfe eines Verteidigers bedienen kann. Zur Verurteilung ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der Richterstimmen erforderlich. Das Wieder- aufnahmeverfahren ist zulässig.

Die Rheinlandfragen vor der Pariser Kammer.

in Paris. Die politische Öffentlichkeit steht unter dem ungeheuren Eindruck der Debatte über die Rheinlandfrage, bei der Briand eine für die französische Politik ganz neue und überraschende Erklärung abgegeben hat. Als der

nationalistische Abg. Oberst Jarry den Ministerpräsidenten Briand scharf angegriffen hatte, indem er ihm vorwarf, die französische Regierung gebe die Sicherheit Frankreichs preis, die auf dem Rheinlandpaß beruhe, trat Briand selbst auf den Plan. Er erklärte: "Der deutsche Außenminister kann immerhin wünschen, daß eine frühere Klärung des Rheinlandes erfolgt, denn zu diesem Wunsch gibt ihm der Artikel 431 des Verfallener Vertrages ein gewisses Recht. Wir können die Deutschen nicht verhindern, den Vertrag von Versailles auszuliegen. Dr. Stresemann hofft, daß der Welt von Locarno erlaubten wird, eine Bestimmung des Verfallener Vertrages im Sinne der deutschen Hoffnungen auszunutzen. Er wünschte eine Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren Ländern, und das war von seinem Standpunkt aus recht."

Diese Ausführungen Briands sind eine große Sensation, denn zum ersten Male erklärt ein französischer Minister offiziell die Berechtigung Deutschlands, den Artikel 431 des Verfallener Vertrages, der bekanntlich die Revisionsmöglichkeit gewisser Bestimmungen des Friedensvertrages zuläßt, aufzurollen. In den Kreisen der deutschen Politik in Paris hat diese Äußerung Briands einen starken Eindruck gemacht.

Rundgebungen zu Eberts Todestage.

in Berlin. Anlässlich der Wiederkehr des Todestages des ersten Reichspräsidenten Friedrich Ebert läßt die preussische Staatsregierung am 28. Februar einen Kranz mit Schleife in den preussischen Farben durch den Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg am Grabe niederlegen. — Die republikanische Studentenenschaft Heidelbergs wird gemeinsam mit den republikanischen Studentenbänden an den anderen Hochschulen Südbiets Deutschlands am kommenden Sonntag eine Trauerkundgebung am Grabe Eberts auf dem Heidelberger Bergfriedhof veranstalten. Bei der Feier, die gemeinsam mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold veranstaltet wird, werden voraussichtlich Dr. Köhler-Karlruhe und Regierungsdirektor Karl Bonn Ansprachen halten.

Die Grüne Woge in Berlin 1926

nähert sich ihrem Abschluß. Am Freitag fand eine Besprechung der Nordweiden-Bauern statt, in der u. a. Prof. Dr. Ludwig-Dahlm die Maßnahmen zur Bekämpfung der Nordweiden-Schädlinge erörterte. Dr. Wagner-Weissau hob hervor, daß durch den Krieg für Deutschland wertvolle Anbaugebiete verloren gegangen sind.

In der Arbeitsgemeinschaft für Verjüngungswesen sprach Dr. Roemer-Halle über die Verbindung zwischen landwirtschaftlicher Praxis und landwirtschaftlicher Wissenschaft in den Vereinigten Staaten und legte dar, daß dort Forschungs- und Versuchsinstitute durch einen glänzenden organisierten Propagandadienst unmittelbar auf den Farmer einwirkten. Kreis-Landwirtschaftsinspektoren können jedem Farmer zu allen Auskünften zur Verfügung und könnten in schwierigen Fragen jederzeit Spezialisten hinzuziehen. Auch die landwirtschaftliche Jugend werde durch Zusammen-schlüsse in praktischen Klubs für die Landwirtschaft noch besonders interessiert. Jedes Kind besaß einen Morgen Land oder sieht ein Feld oder Pflanz auf. Die Leistungen werden genau beurteilt und prämiert.

In der Versammlung der **Gründungsstelle der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft** erläuterte Prof. Dr. Kühne-Mielen die technischen Hilfsmittel und Einrichtungen der nordamerikanischen Landwirtschaft. Es herrsche in Amerika das Prinzip, möglichst hohe Mengenergebnisse bei möglichst geringem Aufwande durch menschliche Hilfskräfte zu erzielen. Dabei sei die maschinelle Landwirtschaft stark vertreten. Auch die Schädlinge in Obst- und Weinbau würden meist mit Motorbetrieb durch staubförmige Bekämpfungsmittel getötet.

Aus der Deutsch-Oesterreichischen Arbeitsgemeinschaft.

Wien. Der Wirtschaftsausschuß der Deutsch-Oesterreichischen Arbeitsgemeinschaft hat angesichts der stark gesteigerten Teilnehmerzahl in seiner letzten Sitzung beschlossen, sich in Unterausschüsse zu gliedern: einen industriellen-Kammerratsausschuß unter dem Vorsitz des früheren Berliner Gesandten Dr. Ridel, einen land- und forstwirtschaftlichen unter Sektionschef Haager und einen technischen unter dem Präsidenten des Ingenieurvereins Grafen Wilhelm Egner.

Der Vorsitzende, Sektionschef Cunderes berichtete, daß die Deutsch-Oesterreichische Arbeitsgemeinschaft die Ausarbeitung einer größeren Zahl von Denkschriften hauptsächlich wirtschaftlichen Charakters, in Angriff genommen habe, die alle Fragen, welche im Zusammenhang mit dem Anschlußgedanken auftauchen können, behandeln und Quellenwerke für die praktische Durchführung des Anschlusses sein würden. Er führte schließlich aus, daß die Frage des Zollverbandes zwischen Oesterreich und Deutschland vom Wirtschaftsausschuß der Deutsch-Oesterreichischen Arbeitsgemeinschaft ernstlich untersucht werden müsse, da dieser Teil des österreichischen Problems allem Anschein nach in naher Zukunft selbständig zur Lösung gelangen werde.

Die Versammlung beschloß einstimmig, die Frage des deutschen Zollverbandes als derzeit wichtigste zu betrachten und die Arbeiten der einzelnen Ausschüsse nach dieser Richtung unverzüglich in Angriff zu nehmen.

Achtung! Landeslotterielose erneuern! Ziehung 5. Klasse vom 3. bis 25. März 26.